



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Vertragsregister.

**Inhalt:** Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Metz und Danzig. (III.) — Vom Verbandstag der Buchbinder. — Feuilleton: Eisen und Stahl. (I.) — Von unseren Bruderverbänden im Auslande. (IV.) — Rundschau. — Versammlungs-falender. — Abrechnungen.

**Beilage:** Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1912. (III.) — Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912. — Volksfürsorge. — Rundschau.

Für die Woche vom 20. bis 26. Juli 1913 ist die Beitragsmarke in das mit 30 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Das Mitgliedsbuch Nummer 4492, auf den Namen Paul Lambach in Berlin am 2. Dezember 1911 ausgestellt, ist dem Vorzeiger abzunehmen und an den Verbandsvorstand einzuliefern. Unterstützungen dürfen nicht ausbezahlt werden.

Der Verbandsvorstand.

S. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

## Metz und Danzig.

III.

Auf der Danziger Generalversammlung des Buchbinderverbandes hat die Hilfsarbeiterfrage ebenfalls eine Rolle gespielt; und zwar war es gewissermaßen ein Echo, welches durch die Auslassungen der „Zeitschrift“ über die Prinzipalstagung in Metz ausgelöst wurde. Es waren allerdings keine stundenlangen Debatten und leidenschaftliche Auseinandersetzungen notwendig, um zu einem Resultat zu kommen, dagegen ist dieses im Gegensatz zu dem Metz Ergebnis klar und deutlich. Der Verbandstag hatte es daher auch nicht notwendig, seine Stellungnahme in ein mythisches Dunkel zu hüllen, sondern konnte vor aller Welt zum Ausdruck bringen, wie man in Gehilfenkreisen über die Sache denkt und was die Hilfsarbeiter von ihnen im gegebenen Falle zu erwarten haben. Die Prinzipale konnten eigentlich den Hilfsarbeitern keinen größeren Gefallen tun, als in der bereits geschilderten Art über die Gehilfen herzufallen, weil der Fall vorgekommen ist, daß Maschinenmeister das Anlernen von Streikbrechern verweigert haben. So wie der „Korrespondent“ à tempo den Prinzipalen ganz unversämmt die Wahrheit über dieses Kapitel geigte, so blieb auch der Verbandstag die Antwort nicht schuldig. Am Schlusse seines großzügig angelegten Referats über „Die allgemeine und tarifliche Lage“ kam der Verbandsvorsitzende Böblin auf die Hilfsarbeiterangelegenheit zu sprechen. Anknüpfend an die Vorkenntnisse in Metz, die er als eine Folge der unklaren und unmöglichen Beschlüsse, welche in der Prinzipalstagung üblich sind, kennzeichnete, konstatierte

er die Tatsache, daß seinerzeit die Prinzipale von den Gehilfen verlangten, daß diese für die Schaffung geordneter tariflicher Verhältnisse für das Hilfspersonal eintreten sollen. Die Gehilfenorganisation ist diesem Verlangen nachgekommen, weil sie ein natürliches Interesse an der Ausbreitung des Tarifgedankens bei allen dem Gewerbe angehörenden Gliedern hat und weil durch eine tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse des Hilfspersonals der eigene tarifliche Friede weniger irgendwelchen Störungen ausgesetzt ist. Haben aber die Gehilfen nach dieser Richtung hin voll und ganz ihre Pflicht getan, dann müssen sie auch verlangen, daß auch die Prinzipale sich ihrer Pflicht bewußt werden. Es geht einfach nicht an, daß nur überall dort, wo die Unternehmer ein Interesse daran haben, Hilfsarbeiter-tarife eingeführt werden, sondern es muß auch den Bedürfnissen der Hilfsarbeiter an anderen Orten in dieser Beziehung Rechnung getragen werden. Wenn die Gehilfen ihren Einfluß mit Erfolg bei den Hilfsarbeitern geltend gemacht haben, um sie für die Tariffrage zu gewinnen, dann sind sie ihnen auch jede Unterstützung bei der Durchführung ihrer Tarifbewegung schuldig. Die Gehilfenorganisation muß sich daher auf den Standpunkt stellen, daß die Prinzipale sich in erster Linie normalen Forderungen der Hilfsarbeiter gegenüber zu Verhandlungen bereit erklären müssen, andernfalls der Verband auf eine moralische Unterstützung der Hilfsarbeiter verzichten kann. Aus diesem Grunde können auch die Maschinenmeister nicht gezwungen werden, im Falle eines Streiks der Hilfsarbeiter, der für die Tarifeinführung geführt werden muß, Streikbrecher anzulernen.

Diese Ausführungen Böblins machte sich der Verbandstag ohne Widerspruch zu eigen. Es wurde davon abgesehen, darüber besondere Beschlüsse zu fassen, weil man den so stütztesten Standpunkt der Verbandsleitung für eine Selbstverständlichkeit ansah. Von den als Gästen anwesenden Vertretern unseres Verbandes nahm Kollegin Thiede Gelegenheit, sehr eingehend die Ausführungen Böblins in bezug auf das Verhalten eines Teiles der Prinzipale bei den letzten Tarifabschlüssen zu ergänzen. Sie ließ keinen Zweifel darüber offen, daß die Hilfsarbeiterorganisation bei aller Geneigtheit, die Tarifgemeinschaft auszubauen, keine Ursache und auch keine Lust hat, in Zukunft allein die Kosten der Tarifeinführung zu tragen. Die jetzige Situation ist für die Hilfsarbeiter einfach unerträglich. Ist die Prinzipalität nicht gewillt oder ist deren Organisation nicht fähig, den tariffeindlichen Strömungen in ihren Reihen entgegen zu wirken, dann darf man sich auch nicht darüber wundern, wenn unsere Kollegen in jenen Orten, wo wir die Kraft besitzen, versuchen, den tariflichen Zwang abzuschütteln und durch eigene Kraft ihre Lage zu verbessern. In Leipzig haben wir ein Beispiel, welche Folgen der scharfmacherische Geist, der sich jetzt allenthalben ausbreitet, zeitigt. Was man in jahrelanger friedlicher Arbeit unter

Affizienz der Gehilfenschaft aufgebaut hat, wird jetzt von den Prinzipalen niedergedrückt, und dazu sollen wieder die Gehilfen ihre Hand reichen. Es hat den Anschein, als ob, weil man an die Gehilfen noch nicht heran könnte, erst bei den Hilfsarbeitern demonstriert werden soll, daß es auch ohne Tarife geht. Vielleicht zieht man dann auch für den Buchdrucker tarif die nötigen Schlussfolgerungen. Wenn daher die Gehilfen sich bereit erklären, das Hilfspersonal in seinen berechtigten Bestrebungen zu unterstützen, dann tun sie es nicht zuletzt in ihrem eigenen Interesse.

Die beifällige Aufnahme dieser Ausführungen unserer Verbandsvorsitzenden bewies, daß der Verbandstag vollstes Verständnis für den Ernst der Situation und die Berechtigung unserer Forderungen hatte. Es ist auch ohne weiteres anzunehmen, daß ein Teil der Delegierten sich gern zu der Frage geäußert hätte, wenn nicht durch die Fülle der noch zu erledigenden Arbeiten sich der Schluß der Debatte notwendig gemacht hätte. Trotzdem aber war die Wirkung der von den Vorsitzenden beider Organisationen gemachten Ausführungen eine durchschlagende, und sie wird ihren Eindruck jedenfalls auf alle beteiligten Kreise gewiß nicht verfehlen.

Bei dem Punkt „Tarifliche Rechtsprechung“ spielte die Hilfsarbeitersache insofern noch eine Rolle, indem der Vertreter von Karlsruhe sich über den bekannnten Entscheid des Tarifamtes beschwerte, wonach bei dem Tarifkampf unserer Karlsruher Kollegenschaft die Maschinenmeister verpflichtet wurden, Streikbrecher anzulernen. Der Redner stellte sich auf den Standpunkt, daß das Verlangen, die wegen tariflicher Differenzen in Kündigung stehenden Hilfsarbeiter sollten Ueberstundenarbeit verrichten, eine schwere Gefährdung ihrer Bewegung darstellte. Als sie die Ueberstunden verweigerten, wurden sie wegen Kontraktbruch sofort entlassen. Das Karlsruher Schiedsgericht hat wohl die Umstände, welche zu diesem angeblichen Kontraktbruch führten, gewürdigt und erklärt, daß in diesem Falle die Gehilfen nicht verpflichtet waren, Streikbrecher anzulernen. Das Tarifamt aber hat unbestimmt um die Begleiterseimmungen nach dem starren Buchstaben des Gesetzes entschieden und die Gehilfen verurteilt. Solche Urteile sind nicht geeignet, Vertrauen zu erwecken und entsprechen nicht dem Rechtsbewußtsein der Gehilfenschaft.

Zu dieser Frage nahm auch Kollege Bucher das Wort, der an Hand verschiedener Beispiele den Nachweis erbrachte, daß die Prinzipalität es mit Erfolg versteht, sich die tarifliche Rechtsprechung in Hilfsarbeiterangelegenheiten zu nütze zu machen, dagegen nicht gewillt ist, den verschiedentlich ergangenen Entscheidungen Rechnung zu tragen. Das zeigte sich bei fast allen Bewegungen, bei denen wir die Hilfe der Tarifinstanzen in Anspruch zu nehmen gezwungen waren. Das Tarifamt hat wohl gewisse Grundsätze festgelegt, nach denen wir zu handeln haben, wenn wir Tarifbewegungen einleiten, und obwohl wir sofort der Hilfe der Gehilfen verlustig gehen, wenn wir gegen diese Grundsätze verstoßen, wird den

Prinzipalen kein Haar gekrümmt, wenn sie sich den Teufel um die Entscheidungen der Tarifinstanzen scheren. Auch die Behandlung von Differenzfällen in Tariforten, wo wir keine eigenen Schiedsgerichte haben, läßt manchmal alles zu wünschen übrig. Es ist u. a. der so recht beachtende Fall vorgekommen, daß ein Prinzipalvorsitzender die Vertretung der lagerführenden Hilfsarbeiterinnen nicht zur Verhandlung zugelassen hat, lediglich weil es eine Frau war. Nach dieser Richtung könnten die Gehilfenvertreter ganz bestimmt ihren erzieherischen Einfluß geltend machen. Nebenher verweise noch auf den bestehenden Haftungsvertrag hin, der den besten Stadtmesser für die Tarifreise des Hilfspersonal darstellt, denn im Verlaufe der ganzen laufenden Tarifperiode ist ein einziger Fall von Kontraktbruch vorgekommen, für den wir die Haftung übernommen haben.

So gestaltete sich auf dem Verbandstag der Buchdrucker die Erledigung der Hilfsarbeiterfrage in einer Form, mit der wir durchaus zufrieden sein können. Nicht viele Worte machen es, sondern der Geist, von dem die Verhandlungen getragen waren, bürgt uns dafür, daß nunmehr ein bestimmter Weg vorgezeichnet ist, den die Gehilfenschaft gehen wird, wenn es gilt, auch den Hilfsarbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen. Und wir zweifeln nicht daran, daß gerade der in Danzig zum Ausdruck gebrachte Wille der Gehilfensorganisation auch auf die Entscheidung des Tarifberatungsausschusses der Prinzipale nicht ohne Einfluß bleiben wird. Natürlich darf nun nicht etwa unsere Kollegenchaft sich dem beruhigenden Gedanken hingeben, als ob sie jetzt nichts weiter zu tun hätte und alles Heil nur von der Hilfe der Gehilfenschaft erwarten soll. Ihre Aufgabe bleibt es nach wie vor, aus eigener Kraft ihre Organisation auszubauen, mit Hilfe dieser sich die Wege zu ihren Zielen zu ebnen, um so wirkungsvoller wird dann ihr Einfluß werden. Wenn wir die Gehilfen brauchen, uns bei unseren Kämpfen zu unterstützen, dann müssen wir uns dieser Unterstützung auch würdig zeigen, indem wir genau wie diese rüsten, um gegebenenfalls auch gemeinschaftlich mit ihnen für gemeinschaftliche Forderungen eintreten zu können.

## Vom Verbandstag der Buchbinder.

Der 12. Verbandstag der Buchbinder, welcher vom 16.—21. Juni in Stuttgart abgehalten wurde, hatte folgende Tagesordnung: 1. Geschäftsberichte. 2. Unsere Lohnbewegungen. 3. Die Finanzlage des Verbandes. 4. Beratung der sonstigen vorliegenden Anträge. 5. Gewerkschaften, Genossenschaften

## Eisen und Stahl.

I.

Jetzt gehen wir in das Getriebe des tönenden Eisens. Dort drüben die Zufahrtsgeleise der Eisenbahn, an der andern Seite des 30 000 Arbeiter beschäftigten Werkes der Kanal, beide bringen die Eisenerze aus Schweden und Spanien.

Der wichtigste Vorprozeß bei der Eisen- und Stahlerzeugung ist, das Erz in solche Hitze hineinzubringen, daß es aus dem Gestein heraus-schmilzt, flüssig wird. Diesen Zweck zu erfüllen, ist Aufgabe des Hochofens. Hier steht ein halbes Dutzend solch kapitalistischer Festungs-türme, riesenhoch in die regnerische Luft greifend, nebeneinander. Diese Hochofen sind oben offen, hier wird abwechselnd Koks und Erz hineingeworfen. Gewaltige, in besonderer Maschinen-halle stehende Gebläsemaschinen treiben in mächtigen Rohren komprimierte Luft weit über den Hof hinweg in riesenhafte eiserne Türme, die Windbersther. Von da aus braust die fürchterlich erhitzte Luft durch Winddüsen in den Hochofen hinein.

Wir klettern auf einen Hochofen alter Konstruktion hinauf zur Plattform. Wir gehen gerade an dem mächtigen Zuführungsrohre für die erhitzte Luft vorüber, zum Greifen nahe steht neben uns der gewaltige eiserne, den Wind erhitze Turm — plötzlich ein wütendes Brausen — ich halte mich am Geländer fest. Das Riesen-

und Volksfürsorge. 6. Wahlen. 7. Gewerkschaftliches.

Zu Vorsitzenden wurden Brüdner-Berlin und Dürr-Stuttgart gewählt, denen zwei Schriftführer und ein Führer der Rednerliste zur Seite standen. Die Tagung war von 92 Delegierten, 3 Vorstandsmitgliedern, dem Redakteur Michaelis und dem Ausschußvorsitzenden Bergmann-Leipzig besucht. Als Gäste nahmen teil: Vertreter der Verbände der Lithographen und Steinbruder, der Buch- und Steindruckhilfsarbeiter, sowie der Bruderorganisa-tionen von England, Desterreich und Ungarn.

Aus dem Geschäftsbericht, welcher auch gedruckt vorlag, geht hervor, daß die Mitgliederzahl seit dem letzten Verbandstag um rund 8000 gestiegen ist. Dieser betrug bis Ende 1912 33 428. Davon sind 16 717 männliche und 16 711 weibliche Mitglieder. Die Anzahl der Zahlstellen ist von 110 auf 131 während der Berichtszeit angewachsen. Lohnbewegungen führte der Verband in den Berichtsjahren 1910 bis 1912 259, welche sich auf 2826 Betriebe mit 42 193 Beschäftigten erstreckten und wurde 21 630 Personen eine jährliche Arbeitszeitverlängerung von 1 422 356 Stunden zuteil, während 26 388 Personen eine jährliche Lohnerhöhung von 2 207 764 Mark erreichten.

Auch in dem Abschluß von Tarifverträgen war ein erfreuliches Resultat zu berichten. Hatte der Verband am Schlusse des Jahres 1909 82 Tarifverträge für 1674 Betriebe mit 20 932 Beschäftigte abgeschlossen, so konnten Ende 1912 130 Tarifverträge für 2169 Betriebe mit 33 108 Beschäftigte gezählt werden.

Ebenso günstig wie die Mitgliederbewegung, haben sich auch die Kassenverhältnisse entwickelt. Konnte auf dem letzten Verbandstage die Hauptkasse ein Vermögen von 433 363 Mk. aufweisen, so stieg es bis jetzt auf rund 900 000 Mk. Dazu kommen noch die Vermögensbestände der Lokalkassen, welche am Schlusse des Jahres 1912 rund 300 000 Mk. betragen. Ueber die Buchführung wird berichtet, daß die Auflage in der Geschäftsperiode von 27 650 auf 36 400 Exemplare gestiegen ist.

Der Ausschuß hatte 16 Beschwerden gegen den Vorstand zu erledigen. Das Verhältnis zwischen Ausschuß und Vorstand wurde vom Vorsitzenden des Ausschusses als ein gutes bezeichnet. An diese Berichte schloß sich eine verhältnismäßig kurze Diskussion, in der sich die Delegierten allgemein mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden erklärten.

Ueber Punkt 2 der Tagesordnung „Unsere Lohnbewegungen“ referierte Verbandsvorsitzender Kloth.

rohr zittert leise, minutenlang ist kein Wort zu verstehen. Jetzt rast, zwei Meter von mir entfernt, die glühend heiße Luft im Rohre entlang zum Hochofen. . . Die Plattform des Hochofens ist ganz mit Eisenplatten belegt. In der Mitte sehe ich einen gewaltigen geschlossenen Trichter, durch die Ritzen qualmt es braun und giftig heraus. An den Hochofen ist eine ganze Fahrstuhlanlage angebaut, hier kommen die mit Koks oder Erz gefüllten Wagen herauf. Sie werden von Arbeitern bis an den Trichterrand herangestoßen und ausgekippt. Jetzt ist der Trichter bis an den Rand gefüllt mit eisernen Erzen. Ein Wind, wir treten rasch auf die Windseite, ein Arbeiter geht an das über den Trichter greifende Gerüst, zieht an einer Kette und der Höllenschlund tut sich flammend und Rauch davon peitschend vor uns auf. Die Erzlabung ist im Bauch des Hochofens verschwunden, der Trichter schließt sich, schon wird wieder Koks hineingeführt.

Zu solchem Hochofen gehören als Bedienung 70 bis 80 Arbeiter.

Nebenan stehen modernere Hochofen. Ein gewaltiges eisernes Gerüst geht von der Erde aus schräg hoch bis weit über die Hochofenmündung hinaus. Unten kommen auf Eisenbahngleisen flache Wagen an, auf jedem stehen zwei gewaltige eiserne Trichter ohne Mundstück. Die Trichter sind mit Koks oder Erz gefüllt. Aus jedem Trichter ragt ein starker eiserner Arm hervor, der

Wie schon aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, hat der Verband auf diesem Gebiete außerordentlich erfolgreich gearbeitet. Nebenher sprach einzelne der statgefundenen Lohnkämpfe. Als die Tarifverträge für die Geschäftsbuchbranche in Berlin, Stuttgart und Heilbronn zum Abschluß gekommen seien, hätten die Unternehmer den Schwerpunkt darauf gelegt, den Ablaufstermin zu ändern. Ueberhaupt geht die Taktik der Unternehmer dahin, überall den gleichen Ablaufstermin festzulegen und ist aus diesem Grunde äußerste Vorsicht am Platze. Im Jahre 1916 werden 31 Tarife für 752 Betriebe mit 18 217 Beschäftigte ablaufen. Es ist deshalb mit einem größeren Kampf zu rechnen, für den man sich rechtzeitig rüsten muß. Der Verbandstag muß bei der Beratung der Beitragsfrage entsprechende Beschlüsse fassen. Da die Unternehmer sich immer mehr zusammenzuschließen, hat der Verband alle Ursache, Maßnahmen zu treffen, die voraussichtlichen Kämpfe mit Ehren bestehen zu können.

Die Debatte hierüber drehte sich vielfach um Einzelheiten bei den vergangenen Kämpfen. Beschlossen wurde, daß der Vorstand bei Beratungen über die Neuregelung des Dreißigtätarigen Vertreters aus den größeren Orten resp. aus den Bezirken zuzuziehen hat. Ferner wurde entschieden zum Ausdruck gebracht, daß bei Lohnbewegungen unbedingt eine Vertretung des Hauptvorstandes zuzuziehen ist.

Sodann referierten Hauptkassierer Haujeien über die Finanzlage des Verbandes, sowie Harder über die finanziellen Leistungen der Mitglieder für lokale und sonstige Zwecke. Die Ausführungen der Referenten stützten sich auf statistische Feststellungen des Hauptvorstandes aus denen u. a. hervorgeht, daß die Ausgaben für Beitragsklasse I. die Einnahmen um 30,21 Prozent, die der Beitragsklasse II. um 4,96 Prozent übersteigen. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Beitragsklassen weiblicher Mitglieder. Der Gesamtüberschuß betrug in den Jahren 1908 bis 1912 10,84 Prozent und weicht infolge der stetig zunehmenden Frauenarbeit im Beruf eine fallende Tendenz auf. Der Vorstandsvorsitzend schlug deshalb in der Beitragsklasse II. eine Erhöhung des Beitrages um 5 Pfg. pro Woche vor. Es lagen jedoch auch hierzu noch Zahlstellenanträge vor, die über den Antrag des Vorstandes hinausgingen. Sollte eine im Sinne des Vorstandes vorgeschlagene Beitragserhöhung nicht beschloffen werden, so sollte eine Reduzierung der Unterstützung vorgenommen werden.

In der angeschlossenen Diskussion wurde die vorgeschlagene Beitragserhöhung von einzelnen weiblichen Delegierten heftig bekämpft, insbesondere deshalb, weil nur die weiblichen Mit-

in einen Riesenhafen ausläuft. Unter mir, im offenen Kellergeschoß, kommen die Wagen mit ihren zwei gefüllten Trichtern angeordnet, sie fahren auf eine elektrisch betriebene Schiebebühne, die sie quer nach vorn zum Fuße des gewaltigen schräg aufwärts steigenden Eisengerüstes bringt. Es ist eine Beschickungsanlage. Weit über mir in einem kleinen Häuschen steht der Maschinist. Mit dem feinen Gefühle der menschlichen Hand wird nach kurzem Spiel der Haken eines gefüllten Trichters gepackt, schon schwebt er rasch schräg nach oben, er ist senkrecht über der Öffnung des Hochofens, plötzlich schlagen gewaltige Flammen zum Himmel, der Trichter hat sich gesenkt und seine Labung herausfallen lassen. Eine Minute später gleitet er wieder nach unten. Zu dieser Art Hochofen sind zwanzig bis dreißig Mann notwendig. Jetzt werden Hochofen gebaut, die in der Hauptsache nur noch fünf Arbeiter brauchen sollen, die Greifer, Schieber, Schlepper und Hebefahrer zu regieren haben werden.

Wir gehen auf die andere Seite des Hochofens. Hier stehen Hochofenarbeiter — sie haben zwölfstündige Arbeitszeit! — und bemühen sich in der schräg liegenden Sandfläche einen Kanal herzustellen. Aus dem Fundament des Hochofens wird ein Pfropfen losgeschlagen, die Arbeiter springen zur Seite, in armbreitem Straßle läuft, wasserbüden und weißlichgelb, flüssiges Eisen im Sandkanal entlang. Er macht eine Biegung nach links und plätschert unter einem Geländer weg

glieder dadurch betroffen werden sollen. Trotzdem wurde betont, daß auch die schlechtest bezahlten weiblichen Mitglieder lieber eine Beitragsserhöhung auf sich nehmen als eine Herabsetzung der Unterhaltungen. Die Diskussion über die Beitragsfrage gab auch mancherlei Aufschlüsse über das immer weitere Vordringen der Frauenarbeit im Berufe, und es ist in einzelnen Bezirken nach den Ausführungen mancher Redner diese Umwälzung so stark, daß man auf den Zugang männlicher Arbeiter überhaupt gar nicht rechnet. Für die Errichtung einer Jugendklasse wurde lebhaft plädiert. Ein Antrag Leipzig, der Agitation unter den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, wurde angenommen.

Bei Wahlen von Angestellten sollen die Funktionäre des betreffenden Gauses oder Bezirkes mit beratender Stimme hinzugezogen werden. Die Amtsperiode der Gauerwartungen wurde auf 3 Jahre festgesetzt.

Ortsbeamte, die durch den Hauptvorstand eingesetzt sind, unterliegen nicht der jährlichen Wiederwahl durch die Mitglieder des betreffenden Ortes. Ein Antrag: In Zaststellen, in denen mehr als ein Delegierter zu wählen ist, möglichst auch die Wahl von weiblichen Delegierten in Betracht zu ziehen, wurde abgelehnt. Die Gegner dieses Antrages behaupteten, daß damit ein Vorrecht im Status festgelegt werden würde, welches das Interesse der weiblichen Mitglieder abschwächt.

Die Elferkommission machte bezüglich der Beitragsfrage folgenden Vorschlag:

Klasse I. Klasse II. Klasse III. Klasse IV.  
25 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg. 80 Pfg. pro Woche.

Als Verdienstgrenze für die einzelnen Beitragsklassen wurden folgende Lohnsätze in Vorschlag gebracht:

Weibliche Mitglieder:

Klasse I. Klasse II.  
bis 13 — über 13 — 17. — M

Männliche Mitglieder:

Klasse I. Klasse II. Klasse III. Klasse IV.  
bis 13 — über 13 — 17. — über 17 — 24 — über 24 —

Dieser Vorschlag bedeutet für die 1. und 2. Beitragsklasse (zumeist weibliche Mitglieder) eine Erhöhung des Beitrages um 5 Pfg. pro Woche. Gegen diesen Vorschlag wurde lebhafter Widerspruch erhoben. Ein anderer Antrag, welcher auch vom Hauptvorstand unterstützt wurde, 5 Beitragsklassen und zwar:

Kl. I. Kl. II. Kl. III. Kl. IV. Kl. V.  
20 Pfg. 30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg. 80 Pfg. pro Woche einzuführen, wurde in namentlicher Abstimmung

feinen Eisenfuß in weitem Bogen frei nach unten. Da unten auf dem Eisenbahngleise steht ein Wagen und auf ihm ein riesenhafter Eisenkopf, dessen Wandungen vielleicht zwanzig oder dreißig Zentimeter stark sind. Da hinein plätschert das Eisen.

Die Arbeiter verkeilen mit einer Stoßmaschine das Loch des Hochofens, der Freitrog voll glühender Röhren für kapitalistische Montanriesen wird mit einer rasch herangekommenen Dampfmaschine weit über das Gelände zum Stahlwert geschleppt.

Wir gehen unter Duzenden von gewaltigen eisernen Röhren — Lungenkanäle für die Hochofen — hinweg in ein hallenartiges Maschinenhaus. Hier arbeiten zu sechzehn in einer Reihe aufgestellt große Gebläsemaschinen.

Die sechzehn Maschinen treiben in die Windgebläse türme komprimierte Luft hinein, die vom Hochofen aufgefangenen glühenden Gichtgase fassen, nur durch dünne Wände von ihr getrennt, immer auf und ab an ihr vorbei, ihr die eigene glühende Hitze mittelfend. Von dort aus fauchen die siedend heiß gewordenen Winde durch die Winddüsen in die loderbende Eisenglut hinein.

Wir gehen weit über das Gelände, dort stehen die Hochofen, die dazu benutzt werden, das Rohmaterial für Schmiedeeisen herzustellen. Und wieder fließt das rohe Eisen gleich Wasser durch

mit 45 gegen 43 bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Vorsitzende Kloth verurteilte, daß sich einzelne Ortsdelegationen so festgelegt haben, daß sie gegen ihre Ueberzeugung gestimmt haben. Er wies darauf hin, daß er kurz vorher im Auftrage des Verbandsvorstandes den Vorschlag der 5 Klasseneinteilungen gemacht habe. Trotzdem war zu verzeichnen, daß die drei unbesoldeten Hauptvorstandsmitglieder, welche auch gleichzeitig gewählte Delegierte der Zaststelle Berlin waren, sich der Stimme enthalten hätten. Kloth hat, in entschiedener Weise zum Ausdruck zu bringen, daß ein derartiger „Fraktionszwang“ unzulässig wäre, und nicht dazu angetan sei, das Interesse für die Sache zu fördern.

Die Angegriffenen haben sich entschieden gegen die Auslassungen Kloths verwahrt. Es wurde beschlossen, die Vorlage zur nochmaligen Beratung an die Elferkommission zurückzuweisen, welche dann nachträglich folgenden Vorschlag machte:

Die Beiträge betragen für:

Weibliche Mitglieder:

Klasse I. Klasse II. Klasse III.  
20 Pfg. 25 Pfg. 35 Pfg.

Männliche Mitglieder:

Kl. I. Kl. II. Kl. III. Kl. IV. Kl. V.  
20 Pfg. 25 Pfg. 35 Pfg. 50 Pfg. 80 Pfg. pro Woche

Verdienstgrenze:

bis 8. — bis 12. — bis 15. — bis 24. — über 24. —  
Klasse I. Klasse II. Klasse III. Klasse IV. Klasse V.  
Dieser Vorschlag der Kommission wurde mit 76 gegen 15 Stimmen angenommen.

Das Referat über: Gewerkschaften, Genossenschaften und Volksfürsorge fiel aus, sollte jedoch dem Protokoll eingefügt werden. Eine vom Referenten hierzu vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag, in allen Gaue Agitationsausschüsse einzusetzen, wurde angenommen. Zur Statistik wurde verlangt, daß möglichst bald eine allgemeine Enquete über die Unfallgefahren in der Papierverarbeitungsindustrie angestellt und das Ergebnis in Broschürenform veröffentlicht werden soll. Zweck der Enquete sollte sein, die Berufsangehörigen mehr auf die Unfallgefahren hinzuweisen, und die Behörden zu veranlassen, schärfere Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter zu treffen. Der Antrag wurde unter Hinweis auf die mit dem Verbandstage verbundene Unfallausstellung begründet und alsdann dem Vorstand überwiesen.

Eine Anzahl von Anträgen bezogen sich auf die Errichtung eines graphischen Industrieverbandes. Es wurde über diese Anträge zur Tagesordnung übergegangen.

den Sandgraben. Hier aber in eine große offene Halle, deren Dach mehr Böcher als Ziegel hat. Der ganze Boden ist mit Sand bedeckt, er ist überall zu kleinen parallel laufenden Gräben gezogen, hier hinein fließt das Roheisen, um bald nur noch dunkelrot zu glühen und dann grober schwarzer Eisenballen zu werden. Geschäftige Arbeiter, in Sackleinwand und Leder gehüllt, steigen in dieser fürchterlichen Hitze herum, vorsichtig und doch gehetzt, sie müssen dem noch flüssigen Eisen den Weg sichern, sie haben die Roheisenbarren zu stoßen, zu zerschlagen — dafür zu sorgen, daß die Eisenmasseln, das Vorprodukt zum Schmiedeeisen, sich richtig forme. Wir gehen nach drüben in die große Bessmererei. Wieder geht es eiserne Treppen hinauf.

Hinter mir tönt ein kurzes energisches mehrmals wiederholtes Glockenzeichen, nach einem Witz in die Höhe springt man schnell beiseite. Ueber uns hinweg fährt mit mittlerer Straßengeschwindigkeit ein mächtiger Kran, der einen solchen Riesennapf gepackt hält, wie wir sie beim ersten Hochofen schon gesehen haben. Der Napf ist voll glühenden flüssigen Eisens. In der halben Höhe der Halle zieht sich eine Art Bühne entlang. In dieser Laufbühne halb eingesenkt erkennen ich sechs gewaltige Riesenbirnen, die mit dem offenen Munde nach oben stehen. Am Bühnrand erscheint jetzt der gefüllte Riesennapf, Arbeiter mit mächtigen Eisenstangen rücken heran, der Napf kippt ein klein wenig nach vorn.

Zur Versicherung der Verbandsfunktionäre unterbreitete der Vorstand eine Vorlage, nach der der Verband selbst die Versicherung übernimmt. Dieselbe wurde angenommen.

Dem Verbandsvorstand überwiesen wurde der nachstehende Antrag:

Der Verbandsvorstand ist zu beauftragen, dahin zu wirken, daß in den Parteidruckereien möglichst Buchbinder eingestellt werden, um zu vermeiden, daß vorkommende Buchbinderarbeiten von Maschinenmeistern oder von Hilfsarbeitern verrichtet werden. Werden Arbeiten außer dem Hause vergeben, so sollen nur solche Buchbinder berücksichtigt werden, die den Tarif einwandfrei halten und keine Lehrlingszuchterei betreiben. Die in Parteidruckereien beschäftigten Buchbinder sollen nicht wie bisher als Hilfsarbeiter, sondern als qualifizierte Gehilfen betrachtet werden, sie sind dem übrigen technischen Personal gleichzustellen und demgemäß zu entlohnen. Bei den alljährlich stattfindenden Geschäftsführerkonferenzen genannter Betriebe sind die Angelegenheiten der Buchbinder wie die der übrigen Branchen durch einen Vertreter der Organisation zu vertreten.

Bei Streiks anderer Verbände erklärte sich der Verband bereit, dem Umlageverfahren zuzustimmen. Der Vorstand wurde beauftragt, auf dem nächsten Gewerkschaftskongress dahin zu wirken, daß für weibliche Mitglieder nur die Hälfte der ausgeschriebenen Kopfsteuer zu zahlen sei.

Den Angestellten soll nach einjähriger Tätigkeit 2 Wochen, nach fünfjähriger Tätigkeit 3 Wochen Urlaub gewährt werden. Diese Art der Urlaubsgewährung tritt sofort in Kraft. Im Krankheitsfalle soll das Gehalt auf die Dauer von 13 Wochen weitergezahlt werden.

In Zukunft sind nicht nur die Angestellten, sondern alle Mitglieder des Verbandsvorstandes auf dem Verbandstag zu wählen.

Der nächste Verbandstag findet in Düsseldorf statt.

Die Wahlen zum Verbandsvorstand, sowie des Redakteurs brachten keine Veränderung.

Es wurde noch eine eifriglebige Kommission eingesetzt, die in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand die zu dem Statut extra eingegangenen Anträge zum nächsten Verbandstag, vor dem stattfinden desselben zu beraten und dem Verbandsvorstand eine ausgearbeitete Vorlage zu unterbreiten hat.

Nach einer kurzen zusammenfassenden Würdigung der geleisteten Arbeit schloß der Vorsitzende Kloth den Verbandstag.

Die Eisenproletarier zerren die Schlacke von der Oberfläche des flüssigen Eisens hinweg, sie klatscht nach unten. Der Riesenkopf hängt schon wieder gerade, er wird ein Stück höher gehoben und kommt quer über die Bühne auf eine der Eisenbirnen zu. Die Bessmerbirne macht eine leichte Bewegung nach vorn, ihr rundes Mundloch hat sich mit der etwas vorstehenden Unterlippe unter den Ausguß des Riesennapfes geschoben, dieser kippt langsam, jetzt schon rascher und in mächtigem Strome ergießt sich das flüssige Eisen in den Konverter . . . der leere Topf saust davon. Die Birne hat sich schräg nach oben gerichtet, sie sitzt an einer Achse, die scheinbar mitten durch sie hindurch geht. Schräg über mir ist wieder die ganze Halle mit Lehm beschmiert; aus dem offenen Birnenmund schießt ein Riesenstrahl nach der Hallendecke hinauf. Der die Bessmerbirne bedienende Arbeiter hat in diesem Moment ein mächtiges Windgebläse angestellt, das durch das flüssige Eisen den Luftzug hindurchtreibt und so eine Entföhlung des Roheisens herbeiführt. Der Verbrennungsprozeß wird unterbrochen, jetzt kommt eingeschmolzenes Spiegeleisen, glühendes Ferromangan oder Siliciumeisen in den Konverter zur Mischung mit hinein, noch einmal faucht das Flammenbüdel in die Höhe, plötzlich ist es abgestellt, die Birne bleibt ruhig stehen. Der Stahl ist flüssig fertig.

(Fortsetzung folgt.)

## Von unseren Bruderverbänden im Auslande.

### IV.

Die Organisation der Steinbrudereihlfahrer läßt sich in Oesterreich der Senefelderbund sehr angelegen sein. Das ist nun, wie berichtet wird, ein mühevolles Stück Arbeit. Trotz größter Anstrengungen geht es in manchen Orten doch recht langsam vorwärts. Je höher das Bildungsniveau eines Arbeiters ist, um so eher läßt er sich für die Organisation gewinnen. Er sieht ein, daß er nur so seine Lage verbessern kann. Darum tut Aufklärung diesen Leuten in erster Linie not. Wenn es nun so leicht wäre, an die Individualitäten heranzutreten und sie zur Einsicht zu bewegen, müßte die Agitation eine Freude sein. Es ist aber, wie jeder tätige Gewerkschafter weiß, in der Praxis durchaus anders. Man kann den Halb- und Ganzdummen sogar große auch finanzielle Vorteile in den Schoß legen, ohne daß sie einen Finger rühren und dann wird ihnen noch nicht klar, wer sie ihnen geschafft hat. Sie meinen nicht selten in ihrer göttlichen Unkenntnis, die Zulagen, die Arbeitszeitverkürzung, der Urlaub oder was sonst noch alles der Verband für sie erwirkt hat, wäre ihnen einzig und allein durch die Gnade und Menschenfreundlichkeit des Unternehmers geworden. Diese Erfahrung haben ansehnlich auch die Gehilfen in Oesterreich gemacht. In Tirol bekamen die Hilfsarbeiter Feuerungszulagen durch das energische Eingreifen des Senefelderbundes. Ebenfalls wurde die 8 1/2 stündige Arbeitszeit für sie geschaffen. Und trotz der aufgewandten Mühe konnte das Hilfspersonal nicht organisiert werden. Die lieben Leute werden die Zulagen wohl als ein Geschenk des Himmels angesehen haben. Dabei laufen die Gehilfen noch Gefahr, ihre Existenz zu verlieren. In einem Schafmacherbetrieb wurden hintereinander vier Vertrauensleute entlassen, weil sie in dem Verdacht standen, das Hilfspersonal organisieren zu wollen.

Doch es ist nicht überall gleich schlecht. In manchen Orten steht es sogar sehr gut mit der Organisationszugehörigkeit und mit der gewerkschaftlichen Tätigkeit unserer Kollegen. Es wäre ja auch zum Verzweifeln, wenn die Dummheit epidemisch auftreten würde. So können die Gehilfen aus Graz melden:

Die Ortsgruppe des Hilfspersonals befindet sich sowohl in finanzieller Beziehung, als auch hinsichtlich der Zahl der Mitglieder in bestem Zustande. Das Verdienst an dem Blühen dieser Ortsgruppe haben sowohl die Ausschüßmitglieder derselben, als auch die Vertrauensleute der Gehilfen. Im Besitze dieser Organisation kann die Vereinsleitung eventuellen Kämpfen, die sich bei der nächsten Tarifbewegung abspielen dürften, ruhig entgegensehen.

Die Konstatierung solcher Zustände erfreut und ermutigt. Der Erfolg beweist, daß es in anderen Orten ebenso werden kann und werden wird. Aber gerade in dieser Ortsgruppe wird bitter Klage geführt über die jungen Gehilfen, die untätig und interesselos eben nur Mitglieder sind und mit der Beitragsleistung und wenn es hoch kommt, mit einem Besuch der Versammlung ihren Pflichten glauben genüge getan zu haben. Oeffentliche Angelegenheiten existieren für sie nicht. Ihnen fehlt die nötige Reife. Im Bericht heißt es da über sie:

Der vorhandene Nachwuchs zeigt aber ein Bild trostloser Geistesdürre. Der eine ist ein perfekter Billardspieler, der andere ein ausgezeichnete Fußballspieler, der dritte kommt mit Reittiefeln und Reitstock in die Offizin, der vierte rückt mit der Grazer Operetten-Armee zur Aufrechterhaltung- und zur Frohnleichnamspredigt aus, aber zu den von hiesigen Arbeiter-Bildungsausschüß veranstalteten Vorträgen, und seien sie auch von den besten Männern unserer Partei gehalten, bringt man sie mit vier Köpfen nicht. Das geistige Leben unter unseren jungen Leuten stagniert vollkommen.

In Triest schlossen die Gehilfen einen Tarif ab,

der auch Bestimmungen über Lohn und Arbeitszeit der Hilfsarbeiter enthält und ihnen ansehnliche Verbesserungen brachte. Der Tarifvertrag bestimmt auch, daß der 1. Mai ein Feiertag ist. Bei uns im lieben Deutschland werden wir noch lange warten können, bis die Unternehmer einem solchen Passus ihre Zustimmung geben.

Im Mai d. J. hielt der österreichische Senefelderbund in Wien seine Generalversammlung ab, an der auch unser Verband vertreten war. Der Vorsitzende Mühlfelder berichtete über die Kämpfe, die die Gewerkschaft in den letzten Jahren zu führen hatte. Eine anregende Debatte lösten zwei Anträge aus, von denen der eine von der Ortsgruppe Reichenberg, der andere von der Ortsgruppe Wernsdorf eingebracht worden war und die darauf hinausliefen, der Zentralvorstand möge die Schaffung einer „Graphischen Union“, die alle graphischen Arbeiter, also auch die Schwesterorganisationen der Buchdrucker, Buchbinder, Buchdrudereihlfahrer usw. umfassen soll, in Erwägung ziehen.

Nach einer längeren Debatte, an der sich auch die Vertreter der Gewerkschaftskommission, des Buchdrucker- sowie des Buchbinderverbandes beteiligt hatten, wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Generalversammlung für die Schaffung einer solchen Union ausspricht und es empfiehlt, daß auch die anderen Schwesterorganisationen diese Frage besprechen mögen.

Bis es wirklich zur Vereinigung aller graphischen Verbände in Oesterreich kommt, wird sicher noch einige Zeit vergehen. Sind jedoch die Unterschiede im Beitrags- und Unterstützungsweisen nicht gar zu groß, steht es damit besser als bei den graphischen Gruppen in Deutschland, so muß der Plan gelingen, wenn jeder Teil ernstlich will. Aller Anfang ist schwer. Hat man aber erst den Berg überschritten, so sind die größten Hindernisse beseitigt.

In Ungarn sind die Organisationsverhältnisse beim Hilfspersonal ähnlich gelagert wie bei den Steinbrudereihlfahrern Oesterreichs. Gelernte und Ungelernte gehören einem Verbands an. Dem Fachorgan „Typographia“, das in ungarischer Sprache erscheint, ist mit jeder Nummer auch eine deutsche Beilage beigegeben. Insofern wird auf die nur deutsch verstehenden Mitglieder Rücksicht genommen.

So wie in Ungarn sieht es in Frankreich mit unseren Kollegen und so war es auch bei den baltischen Bucharbeitern in den Ostseeprovinzen Rußlands. Diese Organisation hat sich jedoch nicht gegenüber der Polizeigewalt behaupten können. Der Verein wurde aufgelöst, weil — ja, das wissen die Götter. Wenn man jemanden hängen will, so ist auch ein Strick bald gefunden. Und dann frage man doch keinen russischen Polizeier nach Gründen. Er wird schon wissen, warum er es getan hat und — offen gesagt — wir wissen es auch. Durch eine starke Arbeiterorganisation kommt die Knutenherrschaft in Gefahr, ja, würde sie sogar bald beseitigt werden. Und das wäre ein Segen für das Land.

## Rundschau.

Die 3. Internationale Buchbinderkonferenz. Ende Juni fand in Brüssel die 3. Internationale Buchbinderkonferenz statt, auf der 13 Organisationen aus 12 Ländern durch 27 Delegierte vertreten waren. Im Jahre 1907, als die erste internationale Konferenz zusammentrat und ein internationales Sekretariat schuf, schlossen sich diesem 8 Landesorganisationen mit insgesamt 34 176 Mitgliedern an, während Ende 1912 schon 14 Landesorganisationen angeschlossen waren. Deren Gesamtmitgliedszahl belief sich auf 49 896, darunter 23 009 weibliche. Ihr Kasernenbestand erreichte die Summe von 1,7 Mill. Mk. Auf der Konferenz erklärte der Vertreter einer englischen Organisation den Beitritt seines Verbandes, der 5 400 Mitglieder zählt, während der Vertreter einer zweiten englischen Organisation deren baldigen Beitritt ankündigte. Besondere Anstrengungen sollen gemacht werden, um auch den Anschluß der amerikanischen Kollegen zu erwirken. Die Konferenz behandelte besonders den Ausbau des in drei Sprachen erscheinenden „Mitteilungsblattes“, die Frage der Reiseunterstützung im Auslande, das Ergebnis einer internationalen Erhebung über

die Frauenarbeit im Verufe, Verfassung und Einrichtung der angeschlossenen Verbände usw. Für die Regelung der gegenseitigen Unterstützung wurden bestimmte Grundsätze vereinbart, die darauf hinauslaufen, die einzelnen Organisationen zu veranlassen, ihre eigene Finanzkraft nach Möglichkeit zu stärken, damit an die internationale Solidarität nur in Ausnahmefällen, dann aber mit Bewußtheit auf vollen Erfolg, appelliert zu werden braucht. Auf der Konferenz wurde von allen Seiten anerkannt, daß die bisherige internationale Verbindung der Buchbinder-Organisationen den Berufsgenossen schon manche Vorteile gebracht hat. Zum internationalen Sekretär wurde Kloth-Berlin, der Vorsitzende des deutschen Verbandes, wiedergewählt.

Wohle dem, der — die Wahrheit sagt! Vor einiger Zeit verunglückte bei der Firma Guntter, Kirstein u. Wendler in Leipzig ein Druckerlehrling, der während des Ganges der Maschine an dieser eine technische Manipulation vornehmen wollte. Der Vorsitzende des Vereins Leipziger Buchdrucker und Schriftsetzergehilfen, Karl Engelbrecht, brachte den Vorfall in einer Vereinsversammlung zur Sprache und führte, wie in einem Bericht des „Korrespondent“ ausgeführt wurde, das Unglück auf „systematische Anreizerei“ des Lehrlings zurück. Der Mitbesitzer der Firma, Herr Wendler, küßte sich hierdurch beleidigt und erhob gegen Engelbrecht Klage, über die am 10. Juli vor dem Leipziger Schöffengericht verhandelt wurde. Die Beweisaufnahme gestaltete sich für den Kläger dermaßen ungünstig, daß das Gericht den Beklagten freisprach und dem Kläger sämtliche Kosten auferlegte. So weit, so gut. Nun befand sich unter den von Engelbrecht zitierten Zeugen auch eine zur Zeit der Veranblung noch bei der klägerischen Firma tätig gewesene Anlegerin, die der Wahrheit entsprechend unter Eid befandete, daß Herr Wendler den verunglückten Lehrling ständig schlecht behandelt habe. Sie hat gesehen, daß der Lehrling oft geschlagen worden ist; an einem Nachmittage habe er sogar dreimal von Wendler mehrere Ohrfeigen bekommen. Alles das und noch mehr konnte der Kläger nicht bestreiten. Für diese Aussage, die jedenfalls mit zu der Abweisung der Klage beigetragen haben mag, hat sich die Firma prompt an der ihr unbequemen Zeugin gerächt. Diese erhielt nämlich gleich am nächsten Tage ihre sofortige Entlassung mit dem Hinweis „auf den Fall von gestern“! — Wie uns mitgeteilt wird, waren die Firmeninhaber noch vor drei Jahren Mitglieder der Gehilfenorganisation, und heute ist Herr Kirstein Mitglied des Kreisbeschwerdeamts, Vorsitzender der Kreis-Verrechnungsstelle, Mitglied des Kreis-Ehren- und Schiedsgerichts und Mitglied des Ausschusses für das Lehrlings- und Schulwesen. Ob dem Inhaber so vieler Ehrenämter nicht klar geworden ist, was wohl mit der Hilfsarbeiterin passiert wäre, wenn sie, um sich ihre Stelle zu halten, vor Gericht und unter Eid, zu Gunsten des Klägers die Unwahrheit ausgesprochen hätte? Die für ihre Wahrheitsliebe gemäße Klage Kollegin wird sich vielleicht nicht mehr den Kopf über das schöne Kapitel „Unternehmermoral“ zerbrechen.

## Versammlungskalender.

Erfurt. Mitgliederversammlung am Montag, 21. Juli 1913, 8 1/2 Uhr abends, im Lokale Livoli. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Bunkliches und vollgültiges Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.

## Abrechnungen.

Das zweite Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

- Gau 2: Mainz 209.95 Mk.
- Gau 4: Regensburg 78.50 Mk.
- Gau 4a: Schwabach 18.65 Mk.
- Gau 5: Baitzen 721.80, Zittau 13.91, Zwidau 31.56 Mk.
- Gau 6: Halle 442.05, Leipzig 2250.58 Mk.
- Gau 7: Gölitz 34.24, Greifswald 10.52, Siegnitz 14.63, Waldenburg 97.65 Mk.
- Aus Gau 7 haben noch nicht abgerechnet die Zahlstellen Cottbus, Strehberg und Königberg, welche um umgehende Einlieferung der Abrechnung an den Gauleiter ersucht werden.
- Gau 8: Berlin 10 676.80 Mk.
- Gau 8a: Brandenburg 69.30, Nordhausen 26.70 Mk.
- Gau 9: Cronau 24.26, Hannover 487.48 Mk.
- Gau 10: Bremen 130.29 Mk.

S. L o b a h I.

# Beilage zur „Solidarität“

Dr. 29.

Berlin, den 19. Juli 1913.

19. Jahrgang.

## Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1912.

III.

Ueber ihre Finanzgebarung berichten für das Jahr 1912 705 Kartelle. Die gesamten Einnahmen betragen 1 976 262 M. (1911: 1 797 248 M.), die gesamten Ausgaben 1 787 088 M. (1911: 1 600 435 M.) und die gesamten Kassenbestände 1 034 025 M. (1911: 844 851 M.). Auf den Kopf der kartellierten Mitglieder entfielen im Berichtsjahre an Einnahmen 84,4 Pf. (1911: 83,1 Pf.), an Ausgaben 76,8 Pf. (1911: 74,0 Pf.) und an Kassenbeständen 44,2 Pf. (1911: 39,1 Pf.).

Von den Einnahmen rührten 1 077 460 M. (1911: 946 089 M.) aus regelmäßigen Beiträgen der Gewerkschaften, 137 480 M. (1911: 283 855 M.) aus Streiksammlungen und 761 322 M. (567 304 M.) aus anderen Sammlungen, Festüberschüssen und sonstigen Einnahmen her. Die Beiträge bedekten 54,5 Prozent (1911: 52,6 Prozent) der gesamten Einnahmen.

Ueber die Mitwirkung der Kartelle bei Unterstützungsaktionen der Gewerkschaften läßt sich aus der Statistik des Berichtsjahres feststellen, daß 243 Kartelle Einnahmen aus Streiksammlungen verzeichnen. Die Streikunterstützung der Kartelle ist verschiedenartig geregelt. 22 Kartelle zahlen bei Streiks und Ausperrungen Unterstützungen aus der Kartellkasse, 213 bringen die Unterstützungen lediglich durch Sammlungen auf, während die Mehrzahl, 471, beide Wege als zulässig erachtet.

Die regelmäßigen Kartellbeiträge schwanken zwischen 10 Pf. und 2,60 M. pro Mitglied und Jahr. Die wirkliche Beitragsleistung ist indes wesentlich höher, da in vielen Kartellen außer den regelmäßigen Gewerkschaftsbeiträgen noch besondere Beiträge für Sekretariate und Auskunftsstellen, für Bibliothekszwecke und Bildungsbestrebungen, für Gewerkschaftshäuser, Lokale, Herbergen und sonstige Zwecke erhoben werden. Der durchschnittliche Beitragssatz, welcher auf jedes den Kartellen angeschlossene Mitglied entfällt, ist in einer ständigen Steigerung begriffen. Für 1912 beträgt diese Durchschnittsleistung aller Kartelle 84,8 Pf. Mit den Aufgaben wachsen die Ausgaben und dadurch die Beiträge der Kartelle; besonders die Errichtung von Gewerkschaftshäusern und Arbeitersekretariaten sowie die Anstellung von Beamten wirken auf die Erhöhung der Beiträge hin.

Von den Ausgaben der Kartelle kamen im Berichtsjahre 1912 (im Vergleich zum Vorjahre 1911) auf

	1912 M.	1911 M.
Agitation . . . . .	99 746	105 928
Arbeitervertreterwahlen . . . . .	48 053	28 342
Statistische Erhebungen . . . . .	6 490	6 264
Gewerkschaftshäuser und Versammlungslokale . . . . .	154 484	152 389
Herbergen, Arbeitsnachweise . . . . .	58 560	88 770
Sekretariate, Auskunftsstellen . . . . .	373 036	289 208
Bibliotheken, Lesezimmer . . . . .	111 567	98 160
Streiks und Ausperrungen am Ort . . . . .	24 438	27 089
Streiks und Ausperrungen auswärts . . . . .	126 982	271 928
Verwaltungskosten . . . . .	285 588	208 438
Sonstige Ausgaben . . . . .	559 244	879 024

Eine Verminderung ist nur bei den Ausgaben für Agitation sowie für Streiks und Ausperrungen zu verzeichnen, während bei einigen Ausgabenposten ganz erhebliche Steigerungen eingetreten sind, vor allem bei den „Sonstigen Ausgaben“, die besonders auch die Aufwendungen für die Bildungsausschüsse und Jugendkommissionen enthalten, sowie bei den Ausgaben für Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen.

Diese beiden Posten nebst denen der Gewerkschaftshäuser, Versammlungsorte sowie Verwaltungskosten umfassen nahezu drei Viertel der gesamten Kartellausgaben. Daraus ergibt sich die Entwicklungstendenz, der die Gewerkschaftskartelle folgen. Sie entwickeln sich immer mehr zu Organisations-, denen die Regelung der Lohalffrage, Rechtshilfe, Bildungsarbeit und Jugendfürsorge obliegt.

Ueber den Umfang und die Wirksamkeit der örtlichen Zusammenschlüsse der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften liegen noch immer keine von den Zentralkartellen herausgegebene Uebersichten vor. Die vorliegende Statistik kann deshalb nicht mit authentischen Angaben darüber ergänzt werden. Gemessen an der nachvollbaren Wirksamkeit der Kartelle der freien Gewerkschaften kommt den Kartellen der gegnerischen Gewerkschaften auch nur eine sehr untergeordnete Bedeutung zu. Die starke Wachstumsentwicklung der Kartelle der freien Gewerkschaften tritt uns besonders klar vor Augen, wenn wir einige Angaben der Statistik des Jahres 1902, dem Beginn unserer Jahresstatistiken, mit dem Ergebnis der jüngsten Statistik vergleichen. Es ergibt sich, daß die Zahl der berichtenden Kartelle von 319 auf 717 oder um 125 Prozent, die Zahl ihrer Gewerkschaften von 3995 auf 9418 oder um 135,6 Prozent und die Zahl ihrer Mitglieder von 481 718 auf 2 339 571 oder um 385,6 Prozent gestiegen ist. Ihre Einnahmen sind gewachsen von 294 189 M. auf 1 838 782 M. oder um 524,6 Prozent, ihre Ausgaben (ohne Streikunterstützung) von 208 349 M. auf 1 635 718 M. oder um 685,2 Prozent. Freilich, auf dem Gebiete der Streikunterstützung haben sie, von gelegentlichen Schwankungen abgesehen, ihre Tätigkeit erheblich einschränken müssen: von 241 450 M. im Jahre 1901 sanken ihre bezüglichen Ausgaben auf 151 370 M. im Jahre 1912, aber immerhin beträgt der Durchschnitt der zwölf Jahre 335 323 M. Man darf aus der seitherigen Entwicklung der Gewerkschaftskartelle den Schluß ziehen, daß sie bestrebt sind, als Mitarbeiter und Mitkämpfer der Gewerkschaftsbewegung ihre Pflicht zu tun, und daß berechtigt sie zu der Erwartung, daß die Gewerkschaften wiederum die Entwicklung der Kartelle in jeder Hinsicht fördern mögen.

## Die Christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912.

In Nr. 14 des christlichen Zentralblattes ist der Jahresbericht über die christlichen Gewerkschaften für 1912 erschienen. Der Bericht konstatiert die Aufwärtsbewegung der Wirtschaftskontunktur im Berichtsjahre, die durch die Spannungen internationaler Art, wie Tripolisstreik, Balkankonflikt zwar beeinträchtigt aber nicht aufgehalten werden konnte. Leider hätten sich die Preise der wichtigsten Lebensmittel hartnäckig auf ihrem hohen Stande gehalten. Diese letztere Feststellung, sowie der Hinweis des Zentralblattes auf die günstige Wirtschaftskontunktur der drei vorhergegangenen Jahre, ist ein Eingeständnis, das bei Beurteilung des Verhaltens der christlichen Gewerkschaften anlässlich des großen Bergarbeiterstreiks im Ruhrbecken sehr wohl zu beachten ist, und ebenso wirkt es ein Schlagbild auf das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer in der Frage der gesetzlichen Verteuerung der Lebensmittel.

Es ist längst mehrfach in der Zentrumspresse zugestanden worden, daß die christlichen Gewerkschaftsführer hierbei eine sehr verächtliche Rolle gespielt haben, zum Schaden der Arbeiter. Mitwirkung bei der Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter und Niedererschlagung einer großen Bewegung, die den Ausgleich zwischen Löhnen und gestiegenen Lebens- und Bedarfsartikeln zum Aus-

gang hatte, das kennzeichnet ein Stück Inhalt der christlichen Gewerkschaftsarbeit, welches ganz gewiß auch auf die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften nicht ohne Einfluß gewesen ist. Der Verfasser des Jahresberichts im Zentralblatt gibt dies auch bedingt zu. Die christlichen Gewerkschaften haben mit ihrer Entwicklung nicht die Hoffnungen der Führer erfüllt; Reichstagswahl, Ruhrbergarbeiterstreik und der Gewerkschaftstreik im katholischen Lager haben die Mitgliederbewegung ungünstig beeinflusst. Der Berichterstatter sucht des langen und breiten die Haltung der christlichen Gewerkschaften beim großen Bergarbeiterstreik zu rechtfertigen. Er gibt sich bei diesem Versuch auf Gemeinplätze, die bekannt sind einer Widerlegung nicht mehr bedürfen. Umföweniger, als im Bericht gezeigt wird, von welchen Folgen die christliche Streikbruchtaktik und Arbeiterpolitik begleitet war. Beide haben den christlichen Gewerkschaften nicht nur im Berichtsjahre großen Schaden zugefügt, sondern sie sind überhaupt die Ursache, daß die christliche Arbeiterbewegung nicht so recht vom Fleck kommen will, worüber folgende Ziffern die beste Auskunft geben.

Es zählten Mitglieder die:

Jahr	Christlichen Gewerksch.	Freien Gewerksch.
1908	264 519	1 891 731
1909	270 751	1 892 667
1910	295 129	2 017 298
1911	340 957	2 320 988
1912	344 687	1. 1. 1912 2 400 018 1. 1. 1913 2 559 718

Die Durchschnittsziffer der Mitgliedschaft für die freien Gewerkschaften im Jahre 1912 ist noch nicht veröffentlicht. Die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften betrug am 1. Januar 1912 350 574 und Ende des Berichtsjahres 350 930. Demnach beträgt seit 1908 die Steigerung der Mitgliederziffer der christlichen Gewerkschaften 86 411 und die der freien Gewerkschaften 727 987!!! Im Jahre 1912 haben die freien Gewerkschaften 159 763 Mitglieder gewonnen, die christlichen Verbände insgesamt 356. Dabei haben die Letzteren im Berichtsjahre 50 855 M. Aufnahmegebühren für beigezeichnete Mitglieder vereinnahmt, das sind Gebühren für mehr als 100 000 Neueingetretene! Wenn man bedenkt, daß die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren neuen Mutterboden gewonnen für ihre Werbetätigkeit, z. B. bei den Eisenbahnern, die sich christlich, aber nicht frei organisieren dürfen, so erscheint ihr Zuwachs an Mitgliedern in noch bedenklieherem Lichte. Es sind 55—60 000 Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften vorhanden, die durch ihre Führer veranlaßt, auf die volle Ausnutzung des Koalitionsrechtes verzichtet haben. Die hier in Frage kommenden Verbände haben sich ihres gewerkschaftlichen Charakters entledigt. Die Mitglieder, die sich für das Streikprinzip erklären, bleiben also weit unter 300 000 zurück. Wenn diese Zahl noch unponiert, zeigt große Bescheidenheit.

Seit 1908 haben die freien Verbände mehr als doppelt so viel Mitglieder zugenommen, als die christlichen Gewerkschaften überhaupt an Mitgliedern zählen. Und das bei einer Agitationsarbeit der christlichen Gewerkschaften, die in ihrer Art nicht zu überbieten ist. Der zehnte Teil der Gesamteinnahmen ist allein auf die Agitation verwendet worden, in Summa 670 429 M., das sind 16 196 M. mehr als für Streik- und Gemäßigtenunterstützung ausgegeben wurden! Dazu kommen die Agitationskosten, die in den Verwaltungsausgaben und den Ausgaben an die Lokalkassen enthalten sind. Es gibt kein Ausgabenposten, der die Agitationskosten übersteigt. Also, an Agitation hat es nicht gefehlt und weniger noch an Protektion. Was und wer sich für die christlichen Gewerkschaften ins Zeug legt, das ist nicht zu übersehen. Zahllos ist der Kreis derer, die mit den christlichen Verbänden sympathisieren, und doch

kommen diese nicht vom Fleck. In den meisten Berufen sind sie völlig bedeutungslos. Es zählten die einzelnen Verbände Mitglieder im Jahresdurchschnitt 1912 gegen den Jahresdurchschnitt 1911 — die entsprechende Ziffer in Klammern — die Bergarbeiter 76 983 (83 588); Bauarbeiter 43 691 (39 955); Metallarbeiter 42 644 (41 253); Zertifikarbeiter 39 903 (42 397); Bayerische Eisenbahner 26 785 (26 785); Deutsche Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter 20 941 (22 194); Staats-Gemeinde- und Verkehrsarbeiter 17 856 (15 746); Holzarbeiter 17 280 (15 462); Keramik- und Steinarbeiter 7 411 (6 603); Heimarbeiterinnen 8 188 (6 999); Tabakarbeiter 7 388 (7 857); Lederarbeiter 5 756 (5 384); Schneider 4 742 (4 293); Maler 4 514 (4 030); Württembergische Eisenbahner 3 886 (3 264); Telegraphenarbeiter 3 302 (3 329); Gütenbergbund 8 239 (3 070); Gasthausangestellte 2 773 (2 209); Nühr- und Genussmittelindustriearbeiter 2 968 (2 660); Graphischer Zentralverband 1 993 (1 625); Krankenpfleger 1 622 (1 445); Gärtner 819 (801).

Bei dem großen Rückgang des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter tröstet sich der Berichtserfasser damit, daß nicht gleich zehntausende Mitglieder — wie besüßert — verloren gegangen sind: Hoffentlich, so schreibt er, ist der Verlust bald überwunden, das heißt so viel, daß der Mitgliederrückgang in der größten deutschen christlichen Gewerkschaft auch in diesem Jahre noch angehalten hat. Ein Teil der Verbände soll die Mitgliederverluste erlitten haben durch die im Berichtsjahr vorgenommenen Beitragserhöhungen?

Die Gesamteinnahmen betragen im Berichtsjahr 6 608 350 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 364 708 M., die Ausgaben betragen 1911: 5 299 781 Mark und 1912 5 222 727 M. = 77 054 M. weniger. Das Vermögen betrug 8 575 658 M. oder 1 492 716 M. mehr.

Die wichtigsten Ausgabenposten sind für Streiks und Gemaßregelungen: 654 323 M., für Reise- und Arbeitslosenunterstützung: 201 223 M., für Krankengeld: 761 293 M., Sterbegeld: 205 083 M., Rechtschutz: 116 703 M., Anteil der Lokalkassen: 1 145 722 M. Die direkten Ausgaben für Mitglieder dürften in einer ganzen Anzahl freier Gewerkschaften höher sein als in den christlichen Organisationen zusammen.

Die geringen Aufwendungen der Kampfmittel zeigt die Bedeutungslosigkeit der christlichen Gewerkschaften für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse. Der größte christliche Verband hat im Berichtsjahre für Streiks nur 63 782 M. ausgegeben, überhaupt waren an Aufrüststreiks nur 8 599, an Abwehrstreiks 13 45 und an Aussperrungen 3 180 Personen beteiligt; eine größere Zahl an Tarifbewegungen, deren Rückhalt wie immer die freien Gewerkschaften waren. Ohne die freien Gewerkschaften keine Tarifverträge für die christlichen Verbände, umgekehrt dürfte es nur bei kaum nennenswerten Bewegungen gewesen sein.

Das ist gewiß, ohne die christlichen Gewerkschaften ständen die deutschen Arbeiter heute auf höherer wirtschaftlicher und politischer Stufe. Was die christlichen Gewerkschaften hier und da zu Gunsten der Arbeiter geschaffen und herausgeholt, das haben sie auf anderem Gebiete wieder doppelt und dreifach verborgen durch Streikbrechereien und sonstige Verräterkünstlichkeiten. Die deutsche Arbeiterklasse erlebte eine glückliche Stunde, wenn sie diese zwiespältige Zersplitterungsorganisationen nicht mehr sehen würde.

## Volkspflege.

Anfang Juli ist der Betrieb der Volkspflege eröffnet worden. Diese Tatsache ist für die Frauen der Arbeiterklasse besonders wichtig; aus verschiedenen Gründen. Auf den Schultern der Frauen ruht die ganze Last des Haushalts. Sie sollen mit dem geringen Gelde, das sie erhalten, alle Kosten bestreiten. Ja, sie sollen noch von dem knappen Hausstandsgeld für besondere Ereignisse, für schwere Zeiten etwas aufsparen. Nicht der Verdienst schon zu gewöhnlichen Zeiten kann aus, so wird dies ganz unmöglich bei Krankheitsfällen, bei Arbeitslosigkeit usw. Auch andere Ereignisse fordern eine größere Summe Geld, so

wenn die Kinder die Schule verlassen, wenn der Sohn zum Militär kommt, wenn ein Mädchen heiratet. Bei all diesen Anlässen ist Geld aus der Versicherung hoch willkommen.

Allerdings, für solche Fälle kann man sich ja auch bei der Privatgesellschaft versichern, d. h. durch Ratenzahlungen für besondere Fälle etwas ersparen. Aber das ist ein teures Vergnügen. Die Privatgesellschaften wollen bei den Versicherungen verdienen. Sie schließen ihre Versicherungen ab, nicht, um den Versicherungsnehmern eine Wohltat zu erweisen, sondern ganz einfach, um zu verdienen. Die Volkspflege soll und will auch keinen Profit machen. Es werden keine Gewinne an die Aktionäre gezahlt, keine Lantien an die Aufsichtsräte, und vor allem: der Verwaltungsapparat ist bei der Volkspflege unvergleichlich billiger als bei den privaten Versicherungen. Alle Ersparnisse, die die Volkspflege macht, gehören den Versicherten, sie zahlen daher entweder weniger und kleinere Prämien oder erhalten höhere Versicherungssummen als die Versicherten bei den privaten Versicherungen.

Noch etwas anderes Wichtiges, sehr Wichtiges kommt hinzu. Die privaten Versicherungen legen ihre Kapitalien in privaten Unternehmungen an, die wiederum Profite zu erlangen suchen, größtenteils auf Kosten der Arbeiter. So werden die Spargroschen der Arbeiter vielfach ein Mittel für das Unternehmertum, um die Arbeiter auszubuten. Arbeitergroschen werden gewinnbringendes Kapital, nicht für die Sparer selbst, sondern für das private Unternehmertum. Darin wird die Volkspflege Wandel schaffen. Alle ersparten Gelder fließen den Arbeitern, den Versicherten der Volkspflege zu.

Die Volkspflege ist eine Schöpfung der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften. Sie ergänzen und fördern sich gegenseitig. Die Gewerkschaft wirbt Mitglieder für die Konsumgenossenschaft, gibt teilweise ihre verfügbaren Kapitalien für genossenschaftliche Zwecke her. Die Konsumgenossenschaft verpflichtet sich, den Mitgliedern gute Lebensmittel zu möglichst billigen Preisen zu liefern. So arbeiten beide Einrichtungen auf eine Besserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse hin. Nun kommt als gemeinsame Einrichtung der Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften die Volkspflege hinzu. Auch das hat einen Nutzen für die Arbeiter. Jede Versicherung muß Kapitalien aufsparen, so auch die Volkspflege. Diese Kapitalien, die zum größten Teil aus den eingehenden Ratenzahlungen bestehen, legt die Volkspflege nicht auf die private Bank; sie legt das Geld nicht reiflos in Staatspapieren an — einen erheblichen Teil stellt sie wieder für konsumgenossenschaftliche Zwecke zur Verfügung. So werden die Mitglieder eines Konsumvereins, die zu gleicher Zeit Versicherte der Volkspflege sind, in doppelter Hinsicht Gläubiger der Genossenschaft: als Käufer im Konsumverein, indem sie Einlagen in die Genossenschaft leisten und als Zahler von Versicherungsprämien für die Volkspflege. Hiermit erwerben sie auf jeden Fall einen Anspruch auf Kredit. Er ist begründet durch das Anrecht auf die Versicherungssumme. Nehmen wir nun an, Mitglieder einer Gewerkschaft, die auch der Volkspflege und dem Konsumverein angehören, werden arbeitslos, vielleicht durch eine Aussperrung. Die Gewerkschaft muß die Mitglieder wirtschaftlich über Wasser halten. Dauert der Kampf sehr lange, dann kann Ebbe in den Kassen eintreten. Die Gewerkschafter haben aber als Versicherte in der Volkspflege und als Mitglieder der Genossenschaft Kredit im Konsumverein. Dieser ist natürlich auch daran interessiert, seine Mitglieder nicht zu verlieren, sie kaufkräftig zu halten, und die Versicherung selbst hat ebenfalls das Bestreben, die Mitglieder leistungsfähig zu halten. Da wird es dann selbstverständlich sein, daß der Konsumverein als Schuldner der Volkspflege den Versicherten einen Kredit einräumt, der ja auf jeden Fall durch die Einlage in dem Konsumverein und durch die Versicherungssumme gedeckt ist. Die Form für solchen Kredit ist leicht

zu finden; technische Schwierigkeiten sind kaum zu überwinden. Mit der Kreditgewährung in besonderen Fällen fördern sich die Einrichtungen gegenseitig zum unverfehlbaren Wohle der Mitglieder. Aussperrungen, Streiks und wirtschaftliche Kämpfe verlieren einen Teil ihrer Schrecken; ja, nicht nur das, mit der größeren wirtschaftlichen Unabhängigkeit steigern sich die Erfolgsmöglichkeiten der Arbeiter bei wirtschaftlichen Kämpfen ganz außerordentlich. Jetzt dient das Geld der Versicherten viellecht noch dazu, den aussperrenden Unternehmern Kredit zu geben, damit sie im Kampfe gegen die Arbeiter auszuhalten können. Unter solchen Umständen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Proletarin, die Hausfrau und Mutter mit tausend Freuden der Volkspflege beitrifft, sie mit allen Kräften zu fördern sucht.

## Rundschau.

Kleine Nachrichten aus der Arbeiter-Internationale. Australien. Nach der amtlichen Statistik gab es Ende 1912 in Australien 621 Gewerkschaften mit 433 224 Mitgliedern, darunter 17 670 weibliche. Die Erhöhung der Löhne seit 1891, die sich an Hand der von den Lohnämtern festgelegten Normen feststellen läßt, betrug zwischen 10 Prozent in Queensland und 21,7 Prozent in Victoria, während die Lebensmittelpreise allein im letzten Jahre um 10 Prozent, die Großhandelspreise im Durchschnitt sogar um 17 Prozent stiegen. Der Bericht betont, daß die Produktion pro Kopf der Bevölkerung seit 1886 ungeheuer, der reale Lohn der Arbeiter dagegen kaum zugenommen hat.

Belgien. Die Buchbinder hielten den Kongreß ihres Zentralverbandes, an dem auch Vertreter der Bruderverbände in Deutschland, Schweden, Holland und Dänemark teilnahmen, in Brüssel ab. Man beschloß, für Lehrlinge bis zu 18 Jahren besondere Abteilungen zu errichten, soweit solche nicht schon bestehen. Im Prinzip tritt der Kongreß einem Antrage aus Antwerpen auf Schaffung eines Industrieverbandes für das Buchgewerbe bei, doch soll die Frage erst weiter untersucht werden. Der Zentralvorstand wurde beauftragt, sich diesbezüglich mit den interessierten Organisationen in Verbindung zu setzen und dem nächsten Kongreß zu berichten. Um eine Grundlage für zukünftige Lohnbewegungen zu erhalten, wird die Erhebung einer umfassenden Lohnstatistik beschlossen. Der wöchentliche Beitrag an die Zentralkasse soll von jetzt an 50 Centimes (40 Pf.) bei einem Tagelohn von 5 Fr. oder mehr, 40 Centimes bei einem Lohn von 4 bis 5 Fr., 30 Centimes bei 3 bis 4 Fr., 20 Centimes bei weniger wie 3 Fr. täglichem Lohn betragen. Zum Schluß wurde auch beschlossen, daß bei Bestimmungen, die der Zentralvorstand zwischen den Verbandstagen in den Sektionen vornimmt, genau wie auf dem Kongresse selbst, nach dem Proportionalssystem zu verfahren ist. — Dem belgischen Gewerkschaftskongreß wohnten neben 189 Delegierten auch Vertreter der Landeszentralen in Holland, Frankreich, Schweiz und Rumänien bei. Bei der Beratung der Berichte wurden eine große Anzahl von Beschwerden und Wünschen laut, die vornehmlich darin ihren Grund haben dürften, daß der belgischen Gewerkschaftszentrale für ihre vielseitige Arbeit, die besonders in letzter Zeit außerordentliche Ansprüche an ihre Leistungsfähigkeit gestellt hat, nicht genügend Kräfte zur Verfügung stehen. Daher wurde der geschäftsführende Ausschuß beauftragt, eine Reorganisation der Bureaus vorzunehmen. Die vor einigen Jahren gegründete Zentral-Streitkräftversicherungskasse wurde aufgelöst. Ganz besondere Aufmerksamkeit widmet der Kongreß dem Studium der Frage des gewerblichen und Fortbildungsschulunterrichts, dessen Ausbau mit Hilfe der Gewerkschaften gefordert wurde.

Vereinigte Staaten. Der Verband der amerikanischen Schriftsetzer zahlt zurzeit an 1089 Mitglieder eine Alterspension im Betrage von fünf Dollar oder 21 M. pro Woche. — Gompers, der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, mußte nach mehrmonatlichem Krankenlager sich einer schweren Operation unterziehen, die aber glücklicherweise ist. Er befindet sich auf dem Wege der Besserung. — Der Gewerkschaftsbund geht mit dem Plane um, entsprechend einem früheren Kongreßbeschlusse, eine Rednerzentrale zu schaffen, durch welche den angeschlossenen Organisationen jederzeit Vortragende vermittelt werden sollen.